

ENTWURF!: st. pauli wehrt sich

„Die Bürger verstehen nicht, warum aus dem Rathaus hunderttausende Euro zur Anheuerung von Polizei-Großaufgeboten sprudeln, während der Bildungssenator die Unterrichtung der Kinder dieser Stadt nicht mehr zahlen kann. Warum Sozialstationen schließen, Eltern sich auf der Suche nach Kindergartenplätzen die Hacken wund laufen müssen. Warum harmlose St.-Paulianer als vermeintliche Krawallbrüder seit Wochen vor ihren Häusern überprüft werden und unbeteiligte Passanten Gummiknüppel abbekommen.“ (MOPO, 25. 11. 02)

Am Freitag, den 22.11.02 trafen sich in der Friedenskirche 150 AnwohnerInnen und Betroffene des Polizeieinsatzes in der Nacht des 18.11., um sich über die repressiven Vorgehensweisen der Polizei auszutauschen. Anwesende Rechtsanwälte informierten über die Möglichkeiten, juristisch dagegen vorzugehen. Alle Anwesenden waren sich einig, dass wir uns solche Repressionen in St. Pauli nicht weiter gefallen lassen sollten.

Die Ereignisse am Montag nach dem St. Pauli Spiel gegen Köln bildeten den Höhepunkt der Eskalation durch die Polizei seit der Räumung des Wagenplatzes Bambule. Er zeigte, zu welchen Mitteln der Hamburger Senat zu greifen bereit ist: Die Demonstration wurde in das Wohn- und Kneipenviertel St. Pauli Nord abgedrängt und letzten Endes dort eingekesselt. Jagdszene spielten sich im Viertel ab: Die Wasserwerfer, die schwere Knochenbrüche hervorrufen können, wurden fast wahllos eingesetzt; Menschen wurden mit Polizeiknüppel brutal zusammengeschlagen. Die „269“ Ingewahrsamnahmen stellen einen groben Rechtsbruch dar, der durch nichts zu rechtfertigen ist. DemonstrantInnen wurden mit Kabelbindern gefesselt und dann bis zu 6 Stunden festgehalten. Unter den Betroffenen waren viele AnwohnerInnen und FC St. Pauli Fans.

Ebenso spielten auf dem Treffen verschiedene Kürzungen im sozialen Bereich eine Rolle: Im Frühjahr des Jahres wurden die letzten beiden verbliebenen Strettworker auf St. Pauli gekündigt, jetzt sollen 7 Stellen in der offenen Sozialarbeit im Viertel wegstrichen werden.

Die Politik des Schwarz-Schill Senats wurde in zwei wesentliche Facetten deutlich: Sozialabbau und Repression gegen alle, die „aufmucken“, gehen Hand in Hand. Geld, das angeblich für soziale und Bildungszwecke nicht vorhanden ist, wird für massive und unnötige Polizeieinsätze, die inzwischen über Wochen andauern, vergeudet. Der Senat instrumentalisiert hierbei die Polizei bis hin zu Gewalteinsätzen, bei denen Menschen ins Krankenhaus geprügelt werden.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den Protesten gegen diese Politik zu beteiligen, sich dabei nicht von der Polizei provozieren zu lassen. Wir wollen dazu beitragen, dass die Ereignisse in der Nacht vom 18. auf den 19. November nicht vertuscht werden können. Wir haben Augenzeugenberichte gesammelt und werden dies auch weiter tun. Wir bitten herzlich alle Menschen, die dies noch nicht getan haben, möglichst genaue Gedächtnisprotokolle über konkrete Ereignisse, zu erstellen und an die Kontaktadresse zu schicken.

Für den 10. Januar laden wir zu einem Folgetreffen ein, das wiederum ein Forum für Betroffene und AnwohnerInnen sein soll. Rechtsanwälte, die sich für die juristische Aufarbeitung engagieren, werden von dem aktuellen Stand berichten.

Veranstaltung zum Polizeieinsatz
in der Nacht vom 18. auf den 19.11.2002
am Freitag, den 10.01.2002 ab 18:00 Uhr
in der Friedenskirche am Brunnenhof / Otzenstrasse (Eingang Spielplatz).

Termine:

Bambule-Demo 30.11., 14:00 Uhr. Hachmannplatz

Gewerkschafts Demo „Aufstehn für eine solidarische Stadt“, 05.12., 16:30 Uhr Legienplatz (ZOB)

Aufrufer:

Friedrich Brandi (Friedenskirche), Ermittlungsausschuss Hamburg, Ariane Dandorfer, Martin Wittmaack

Kontakt:

Friedenskirche | Am Brunnenhof 38 | 22767 Hamburg | stpauli-wehrt-sich@nadir.org